

Einzureichen an:

Von der Investitionsbank auszufüllen

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Öffentliche Kunden 2
Domplatz 12
39104 Magdeburg

Eingangsdatum



Anzahl Anlagen:

Eingang im PEB registriert:
500= Förderantrag
511= Änderungsantrag

Sachsen-Anhalt STARK III - ELER

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen zur Sanierung und Modernisierung von Kindertageseinrichtungen und Schulen im ländlichen Raum gemäß RdErl. des MF vom 25.09.2015

1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

EU-Betriebsnummer (BNRZD, 12stellig)

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Name, Vorname/Betriebsbezeichnung; Ort

--

Antragstellerstammdaten (Der Stammdatenbogen ist nur einmalig mit dem ersten Antrag für Fördermaßnahmen des ELER im Kalenderjahr einzureichen.)

- Der aktuell gültige Stammdatenbogen ist beigelegt.
- Der aktuell gültige Stammdatenbogen wurde bereits eingereicht.

2. ANTRAG AUF PROJEKTFÖRDERUNG

Ich /Wir beantrage(n) ein Förderung für eine

KiTa (FP 6305) Schule (FP 6306)

Dieser Antrag betrifft

- die erstmalige Antragstellung für das Vorhaben
- die Änderung eines durch Zuwendungsbescheid bewilligten Antrages mit Aktenzeichen Änderung in Nr.

Ich/Wir beantrage(n) eine Projektförderung für folgenden **Fördergegenstand**

- Sanierung Ersatzneubau Neubau Umbau

3. ANGABEN ZUM VORHABEN

3.1 Kurzbezeichnung des Vorhabens

--

3.2 Beschreibung des Vorhabens und Darstellung der Notwendigkeit der Förderung (z. B. Beschreibung des Ist-Zustandes, welche Ziele sollen erreicht werden, welche Wirkungen sind zu erwarten, Angaben zum Zeitplan, Dringlichkeit, Konzeption, ggf. Verbindung zu anderen Vorhaben. Sofern der Platz nicht ausreicht, fügen Sie dem Antrag eine gesonderte Anlage bei.)

3.3 geplanter Durchführungszeitraum

Beginn des Vorhabens geplantes Ende des Vorhabens

3.4 Ort des Vorhabens und Bevölkerung

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

Anzahl Bevölkerung im Ortsteil/Gemeinde zum Zeitpunkt der Antragstellung: (Indikator)

3.5 Für dieses Vorhaben wird/wurde eine andere öffentliche Förderung beantragt/gewährt

Nein Ja, beantragt Ja, erhalten

wenn ja:

	Förderung	
Bewilligungsbehörde/Aktenzeichen	beantragt/nicht entschieden in Euro/Jahr	bewilligt in Euro/Jahr
<input style="width: 300px;" type="text"/>	<input style="width: 200px;" type="text"/>	<input style="width: 200px;" type="text"/>
<input style="width: 300px;" type="text"/>	<input style="width: 200px;" type="text"/>	<input style="width: 200px;" type="text"/>

3.6 Das Vorhaben ist mit anderen Vorhaben, für die eine öffentliche Förderung gewährt werden kann, gekoppelt (z. B. Verlegung von Wasser-, Abwasser-, sonst. Leitungen oder Straßenbau)

Nein Ja, beantragt Ja, Abstimmung der gekoppelten Vorhaben ist erfolgt

wenn ja, beantragt:

Bewilligungsbehörde/Aktenzeichen	Förderung	
	beantragt/nicht entschieden in Euro/Jahr	bewilligt in Euro/Jahr
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

3.7 Einnahmenschaffende Investitionen (nicht wenn förderfähige Gesamtausgaben <= 1 Mio € oder Vorhaben gemäß Anhang II der VO (EU) Nr. 1305/2013)

Nach Abschluss des Vorhabens werden Nettoeinnahmen¹ nach Art. 61 der VO (EU) Nr. 1303/2013 erwirtschaftet. Ja Nein

4. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

4.1 Ausgaben der geplanten Bau-, Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen (Kostenberechnung nach DIN 276, Beträge in Euro)

Hinweis:

Folgende Ausgaben sind gemäß Ziffer 2.5 der STARK III - ELER-Richtlinie nicht förderfähig:

- Finanzierungskosten,
- Behelfsbauten, Interimslösungen,
- Wohnungen,
- Kauf von Immobilien und Grundstücken,
- öffentliche Erschließung,
- Betriebskosten,
- Eigenleistungen,
- Bauherrenaufgaben, mit Ausnahme von Aufwendungen für die Projektsteuerung gem. 2.4 Bst. c der Richtlinie
- Leistungen aufgrund von Pauschalverträgen
- Die Umsatzsteuer ist gem. Ziffer 5.2 der STARK III – ELER Richtlinie im Falle der Berechtigung zum Vorsteuerabzug nicht förderfähig.

Kostengruppe/Kostenart	Summe	dav. zur Verbesserung der Energieeffizienz
100 - Grundstück	<input type="text"/>	<input type="text"/>
200 - Herrichten und Erschließen	<input type="text"/>	<input type="text"/>
300 - Bauwerk/Baukonstruktionen	<input type="text"/>	<input type="text"/>
400 - Bauwerk/Technische Anlagen	<input type="text"/>	<input type="text"/>
500 - Außenanlagen	<input type="text"/>	<input type="text"/>
600 - Ausstattung	<input type="text"/>	<input type="text"/>
700 - Baunebenkosten	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Summe der Ausgaben	<input type="text"/>	<input type="text"/>
nicht förderfähige Ausgaben	<input type="text"/>	<input type="text"/>
förderfähige Ausgaben insgesamt	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Anteil der Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz an den förderfähigen Gesamtausgaben in %	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Anteil der Ausgaben der Barrierefreiheit	<input type="text"/>	

¹ Als Nettoeinnahme gelten Zuflüsse von Geldbeträgen, die unmittelbar von den Nutzern für die im Rahmen des Vorhabens bereitgestellten Waren und Dienstleistungen gezahlt werden, wie beispielsweise Gebühren, die unmittelbar von den Nutzern für die Benutzung der Infrastruktur, den Verkauf oder die Verpachtung/Vermietung von Grundstücken oder von Gebäuden entrichtet werden, oder Zahlungen für Dienstleistungen, abzüglich der im entsprechenden Zeitraum angefallenen Betriebskosten und Wiederbeschaffungskosten für kurzlebige Anlagegüter. Im Rahmen des Vorhabens erwirtschaftete Einsparungen bei den Betriebskosten werden als Nettoeinnahmen behandelt, es sei denn, sie werden durch eine entsprechende Kürzung der Betriebsbeihilfen ausgeglichen.

Art

Ausgaben der Maßnahme ohne Umsatzsteuer (netto)

+ Umsatzsteuer

Gesamtausgaben (brutto)

4.2 Angaben zur Umsatzsteuer

Ich bin/Wir sind **allgemein** gemäß § 15 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz (UStG) vorsteuerabzugsberechtigt

Ja Nein

Ich bin/Wir sind für die **im Rahmen dieses Vorhabens bezogenen Lieferungen bzw. sonstigen Leistungen zum Vorsteuerabzug** nach § 15 UStG **berechtigt**.

Ja Nein

Falls nein:

Weil ich/wir die für das Vorhaben bezogenen Lieferungen bzw. sonstigen Leistungen nicht für eine unternehmerische Tätigkeit verwende(n).

Weil ich/wir die für das Vorhaben bezogenen Lieferungen bzw. sonstigen Leistungen zur Ausführung von Umsätzen verwende(n), die den Vorsteuerabzug ausschließen (§ 4 Nr. 21 Buchstabe a, § 4 Nr. 23; § 4 Nr. 25 UStG).

4.3 Finanzierung (brutto/netto, siehe Fußnoten², in Euro)

I. Gesamtausgaben (lt. 4.1 brutto/netto)

II. sonstige nicht zuwendungsfähige Ausgaben

./.

III. Fremdmittel³

Leistungen Dritter / Spenden

Andere öffentliche Zuschüsse⁴⁵

Fremdmittel gesamt

./.

IV. Zwischensumme zuwendungsfähige Gesamtausgaben (=I.-II.-III.)

V. Eigenmittel

Bare Eigenmittel, Kredite

auf zuwendungsfähige Gesamtausgaben

Anrechenbare private Spenden / Leistungen Dritter^{6 7}

Eigenmittel gesamt

./.

VI. beantragte Zuwendungen

(max. 75 % zu IV)

%

maximaler Betrag IV. x 75 %

4.4 Aufteilung mehrjähriger Maßnahmen

Kalenderjahr	geplante Gesamtausgaben (in Euro)
20 <input type="text"/>	<input type="text"/>
20 <input type="text"/>	<input type="text"/>
20 <input type="text"/>	<input type="text"/>

² Muss mit Punkt 4.1 (brutto/netto nach Veranlagung) übereinstimmen. Bei mangelnder Vorsteuerabzugsberechtigung sind die Gesamtausgaben brutto zu erfassen.

³ Grundsätzlich sind zweckgebundene (projektbezogene) Fremdmittel (Spenden/Drittmittel/Zuschüsse) gemäß VV zu § 44 LHO als Vorwegabzug von der Gesamtinvestitionssumme abzusetzen und dürfen nicht als Eigenmittel angesetzt werden. Ausnahmen siehe unter Fußnote 6

⁴ z.B. ABM-Mittel, Lotto Toto, Mittel von öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Stiftungen u. ä

⁵ Kopien der Bescheide oder Förderzusagen sind als Anlage beizufügen

⁶ Folgende Drittmittel dürfen als Ausnahme den Eigenmitteln zugerechnet werden:

a) Spenden/Leistungen Dritter, die **nicht** zweckgebunden sind oder

b) bei Zuwendungen von bis zu 25.000 € an Antragsteller mit überwiegend gemeinnütziger Tätigkeit sind zweckgebundene, nicht aus öffentlichen Mitteln finanzierte Spenden dem Eigenanteil zuzurechnen

⁷ Kopien der Bescheide oder Förderzusagen sind als Anlage beizufügen

4.5 Bereitstellung der Zuwendung

Die Zuwendung soll wie folgt bereitgestellt werden:

Zuwendung gesamt in Euro	davon zur Auszahlung in den Jahren in Euro		
	20	20	20
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

5. WEITERE ANGABEN (Mehrfachnennungen sind möglich)

5.1 Für das Vorhaben bin ich/sind wir

- Eigentümer (Grundbuchauszug beifügen)
- Mieter (Kopie Mietvertrag beifügen)
- kommunaler Schulträger
- kommunaler Träger von Kindertageseinrichtung
- Freier Träger anerkannter Ersatzschulen i.S. v. § 18 SchG LSA (Nachweis beifügen)
- anerkannter Träger der freien Jugendhilfe gem. § 9 Abs. 1 Nr. 3 KiFöG (Nachweis beifügen)
- Einrichtung in Trägerschaft des Landes

5.2 Bau- und Ausstattungsinvestition einer/eines (Nur anzukreuzen, sofern ein Antrag auf Förderung einer Schule vorliegt.)

- Grundschule
- Sekundarschule
- Gemeinschaftsschule
- Gymnasiums
- Horts (soweit untergeordnet zur Schule gehörig)
- Förderschule
- Sportstätte (soweit zur Schule gehörig)

Anzahl Bevölkerung im Ortsteil/Gemeinde am 31.12.2008

5.3 Beschreibung des baulichen Bestandes und des Sanierungsziels

Baujahr des Gebäudes bzw. Jahr des Bauantrages / der Bauanzeige

	vor Sanierung	nach Sanierung	Differenz
Brutto-Grundfläche (BGF) gemäß DIN 276	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Netto-Grundfläche (NGF) gemäß DIN 276	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Gebäude unterliegt dem Denkmalschutz	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein	

Falls ja, bitte Erläuterungen hierzu in der Kurzbeschreibung des Antrages.

6. ANGABEN ZU DEN AUSWAHLKRITERIEN

6.1 Auswahlkriterien der energetischen Sanierung

	Bestandswert vor Sanierung	Planwert nach Sanierung	Differenz
6.1.1 Geplante Energieeinsparung			
Energieverbrauch (Endenergie) in kWh/m ² a bezogen auf die Nettogrundfläche	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

6.1.2 Geplante Senkung der CO₂-Emission

CO₂-Emission im Gebäudebetrieb in kg/m²a (*)
bezogen auf die Nettogrundfläche

6.1.3 Geplante Kosten der energetischen Sanierung

Kosten der energetischen Sanierung Brutto im Verhältnis zum eingesparten
Endenergieverbrauch in ct/kWh

Hinweis:

* gemäß Kennwertberechnung zur „Energie und CO₂-Einsparung“

6.2 Sanierungsbedarf des Gesamtvorhabens

- Die Umsetzung der geplanten Maßnahme dient der Sanierung einzelner Bauteile / Einzelmaßnahmen.
- Die Umsetzung der geplanten Maßnahme dient der Grundsanierung des Objektes.
- Die Umsetzung der geplanten Maßnahme dient der Grundsanierung des Objektes mit Beseitigung von schwerwiegenden brandschutz-, unfalltechnischen und hygienischen Mängeln. (**)

6.3 Geplante Gesamtbaukosten der Baumaßnahme

gesamte Investitionskosten der Baumaßnahmen Brutto in EUR/m² bezogen auf
die Nettogrundfläche

6.4 Barrierefreiheit

- Beschränkte Barrierefreiheit liegt nach Umsetzung der geplanten Maßnahme vor.
- Das gesamte Gebäude einschließlich der Außenanlagen ist barrierefrei nach Umsetzung der geplanten Maßnahme.

6.5 Bonuspunkte

- Es finden baubiologisch unbedenkliche, nachwachsende Roh- und Baustoffe im Rahmen der geplanten Maßnahme Verwendung. (Erklärung beifügen)
- Am Gebäude sind bzw. werden Maßnahmen zum Artenschutz umgesetzt. (Beschreibung / Benennung anfügen)

Hinweis:

** Die jeweiligen Mitteilungen und Auflagen der zuständigen Behörde sind dem Antrag beizulegen

7. ANLAGEN

Diesem Antrag sind folgende Anlagen (sofern zutreffend) beigefügt:

- 1. Nachweis der Einwohnerzahl zum Zeitpunkt des Antrages
- 2. Bestätigung der zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde, dass die Gesamtfinanzierung des beantragten Vorhabens gesichert und mit der dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit vereinbar ist (nur Kommunen)
- 3. Nachweis der Bestandsfähigkeit in Form des bestätigten Demografiechecks
- 4. Aktueller Energieausweis vor Sanierung gemäß Energieeinsparverordnung (EnEV) oder gleichwertiger Nachweis und der Energieeinsparnachweis für die geplante Maßnahme (Nicht bei Ersatzneubau / Neubau)
- 5. Hauptsatzung der Kommunen
- 6. Ausführliche Vorhabensbeschreibung einschließlich der Darstellung der Einzelmaßnahmen
- 7. Kostenberechnung nach DIN 276 (entsprechend der Leistungsphase 3 gemäß HOAI)
- 8. Bestätigtes Bau- und Raumprogramm gemäß DIN 277 der zuständigen Behörde
- 9. aktueller Grundbuchauszug oder gleichwertiger Nachweis
- 10. Bei Mietobjekten:
Mietvertrag und Zustimmung der Vermieters zu den geplanten baulichen Maßnahmen
- 11. Flurkarte/ Lageplan mit einer farblich gekennzeichneten Darstellung des Standortes
- 12. Erklärung zu Eigenleistungen (IB-Formblatt)
- 13. Kennwertberechnung „Energie und CO₂-Einsparung“ (Berechnung zu 6.1.1 bis 6.1.3)
- 14. Erklärung zu Finanzierungskosten (IB-Formblatt)
- 15. Erklärung zur Einordnung als öffentlicher Auftraggeber (IB-Formblatt)

- 16. Nutzungskonzept der zur Schule gehörenden Sportstätte
- 17. Wirtschaftlichkeitsbetrachtung für Neu- oder Ersatzneubau (gemäß Ziffer 4.4 f) der Richtlinie)
- 18. Mitteilungen und Auflagen der zuständigen Behörden zu bestehenden Baumängeln (siehe Auswahlkriterien Ziffer 6.2 des Antrags)
- 19. Sofern das Bauvorhaben Ausgaben für Projektsteuerung beinhaltet:
Begründung für das Vorliegen eines Einzelfalls (gemäß Ziffer 2.4 c) der Richtlinie)
- 20. Erklärung zur Verwendung baubiologisch unbedenklicher, nachwachsender Roh- und Baustoffe (siehe Auswahlkriterien Ziffer 6.5 des Antrags)
- 21. Beschreibung/ Benennung der Maßnahmen zum Artenschutz (siehe Auswahlkriterien Ziffer 6.5 des Antrags)
- 22. Erklärung zur Einhaltung der Regelungen zur Umweltverträglichkeitsprüfung und zum Europäischen ökologischen Netz "Natura 2000" (IB-Formblatt)
- 23. Kopien der Bescheide bzw. Förderzusagen (siehe Ziffern 3.5 und 3.6 des Antrags)

Weitere Unterlagen für freie Träger:

- 24. Bescheid der Anerkennung (beglaubigte Kopie)
- 25. Aktueller, vollständiger Registerauszug (Handelsregister o.ä.), Satzung bzw. Gesellschaftervertrag
- 26. Jahresabschlüsse der letzten zwei Geschäftsjahre im Original
- 27. Erklärung des Unternehmens zur Frage eines „Unternehmens in Schwierigkeiten“ (IB-Formblatt)
- 28. Nachweis der Eigenmittel durch Bankbestätigung

8. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

- Ich/Wir habe(n) die nachfolgenden Erklärungen wahrheitsgemäß abgegeben und bestätigen die Kenntnisnahme der unten genannten Hinweise.
- a) Mir/uns sind die geltende Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen zur Sanierung und Modernisierung von Kindertageseinrichtungen und Schulen im ländlichen Raum (STARK III-ELER-Richtlinie – RdErl. des MF vom 25.09.2015) und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) oder – sofern einschlägig - die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-GK) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten haben(n). Die Regelungen aus der o.g. Richtlinie sowie den AnBest-P/AnBest-GK werden anerkannt.
- b) Die IB ist berechtigt, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- c) Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zahlungsfähig bin/sind und gegen mich/uns kein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden ist und dass ich/wir unverzüglich der IB mitteile(n), wenn bis zur Bewilligung des Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.
- d) Ich/Wir versichere(n) die ordnungsgemäße Geschäftsführung sowie Verwendung und Unterhaltung der geförderten Gegenstände.
- e) Ich/Wir erkläre(n), dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen worden ist und ich/wir mit diesem auch nicht vor Erhalt des Zuwendungsbescheides beginnen werde(n). Mir /uns ist weiterhin bekannt, dass als Vorhabensbeginn grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten ist. Hierzu zählen auch Darlehensverträge. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Bodenuntersuchung sowie Gutachter- und Sachverständigenleistungen (über Bodenuntersuchungen nach Nr. 1.3 der VV/VV-GK hinaus), deren Ergebnisse für das Erarbeiten der Entwurfsplanung zwingend erforderlich sind, nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung.
- f) Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns der Inhalt des Merkblatts Vergabe für private und öffentliche Antragsteller im Rahmen von ELER-Förderprojekten bekannt ist,
- g) Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir für das zu fördernde Vorhaben und Objekt über die in Ziffer 3.5 dieses Antrages genannten öffentliche Förderungen bzw. Finanzierungshilfen hinaus keine weiteren Mittel beantragt, zugesichert oder bewilligt bekommen habe(n) bzw. über keine weiteren Mittel verfüge(n), die zur Deckung der zuschussfähigen Ausgaben herangezogen werden können.
- h) Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, der IB Änderungen zu Antragsangaben unverzüglich zu übermitteln.
- i) Mir/Uns ist bekannt, dass der Stammdatenbogen für Beihilfen und Fördermaßnahmen, die aus dem EGFL/ELER finanziert werden, einschließlich seiner erforderlichen Anlagen unverzichtbarer Bestandteil des Förderantrags ist und Änderungen des Stammdatenbogens unverzüglich bei der zuständigen Behörde anzuzeigen sind.
- j) Ich/Wir versichere(n), dass in den angegebenen zuwendungsfähigen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten sind, wenn diese gemäß § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) als Vorsteuer für mich/uns abziehbar sind.
- k) Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden.
- l) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung).
- m) Ich/Wir erkläre(n), dass unter Einbeziehung der beantragten Zuwendung die Gesamtfinanzierung gesichert ist.
- n) Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir eine projektbezogene Einzelabrechnung und Trennung vom üblichen Geschäftsverkehr gewährleisten und dass innerbetriebliche Umlagen nicht ausgewiesen werden.

- o) Ich/Wir erkläre(n), dass dieses Vorhaben nicht im Auftrag Dritter durchgeführt wird oder werden soll.
- p) Mir/Uns ist bekannt, dass Originalbelege und gegebenenfalls eingereichte, mit Prüfvermerk versehene Kopien oder beglaubigte Abschriften solcher Dokumente oder mit den Originalen als übereinstimmend bescheinigte Fassungen auf allgemein üblichen Datenträgern bis zum Ende der Zweckbindungsfrist aufbewahrt werden müssen.
- q) **Gilt bei Modernisierung öffentlicher Gebäude gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 5 und 6 des Gesetzes zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich (Erneuerbare-Energien-WärmeGesetz - EEWärmeG) vom 07.08.2008, BGBl I 2008, 1658, in der jeweils geltenden Fassung:** Mir/Uns ist bekannt, dass ich/wir über die Erfüllung der Pflichten gemäß § 1a i. V. m. § 3 Abs. 2 und 3 EEWärmeG bei der Modernisierung/Renovierung öffentlicher Gebäude oder der Anmietung oder Pachtung von Gebäuden dem Landesverwaltungsamt, Postfach 200256, 06003 Halle (Saale), erstmals zum 15.04.2013 und danach alle 2 Jahre bis jeweils zum 31. März, zu berichten habe(n).
- r) **Gilt nur bei Betrieben und Unternehmen (einschließlich öffentlicher Unternehmen):** Ich/Wir erkläre(n), dass gegen mein/unser Unternehmen keine Rückforderung einer Förderung aus EU-Strukturfondsmitteln der Förderperiode 2007-2013 infolge einer Produktionsverlagerung innerhalb eines Mitgliedstaats oder zwischen verschiedenen Mitgliedstaaten der Europäischen Union geltend gemacht worden und auch kein Verfahren zu einer solchen Rückforderung eingeleitet worden ist (z. B. durch vorherige Anhörung).
- s) Ich/Wir versichere(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie den beigefügten Anlagen/Unterlagen
- t) **Gilt ergänzend zur Erklärung im Stammdatenbogen zum Subventionsbetrug:**
 Mir/Uns ist bekannt, dass die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 2., 3.1 bis 3.7, 4.1 bis 4.5, 5.1 bis 5.3, 6.1 bis 6.5, 8 c), d), e), g), h), i), j), k), m), n), o), p), q) r) und s) dieses Antrages sowie die Angaben in den gem. Ziffer 7. dieses Antrags beizufügenden Unterlagen gem. Nr. 1 bis 4 und Nr. 6 bis 28 subventionserhebliche Tatsachen im Sinne der im Stammdatenbogen genannten Vorschriften sind.
 Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

9. Werbeeinverständnis

Die IB kann Sie maßgeschneidert beraten und Informationen individuell auf Sie abstimmen. Bei Start und Änderungen von Förderprogrammen können wir Sie benachrichtigen. Alle Neuheiten der Investitionsbank Sachsen-Anhalt erfahren Sie exklusiv – wenn Sie der diesbezüglichen Nutzung Ihrer Daten zustimmen:

Ich/Wir erkläre(n) mich/uns widerruflich damit einverstanden, dass die Investitionsbank Sachsen-Anhalt die mit diesem Antrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten telefonisch, per Fax, E-Mail oder schriftlich zukommen zu lassen.

Ja

Nein

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Ort, Datum

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

UNTERSCHRIFT DES SACHVERSTÄNDIGEN

Ich bin

eine nach § 21 EnEV in der jeweils gültigen Form ausstellungsberechtigte Person für die Aufstellung oder Prüfung von Nachweisen nach EnEV in der jeweils gültigen Form.

Bauvorlagenberechtigter/Vertreter des zuständigen Hochbauamtes.

Name des Sachverständigen

Firma/Unternehmen (sofern angestellt oder Inhaber)

PLZ

Ort

Straße, Hausnummer

Ich bestätige, dass die geplanten Baumaßnahmen zur Unterschreitung des **gesetzlichen Standards (EnEV)** führen.

Ich bestätige, dass die unter Ziffer 6.1.1 und 6.1.2 des Antrags angegebenen Werte nach den geltenden Regeln ermittelt und die entsprechenden Ausführungen der Merkblätter der Investitionsbank berücksichtigt wurden.

Ort, Datum

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)